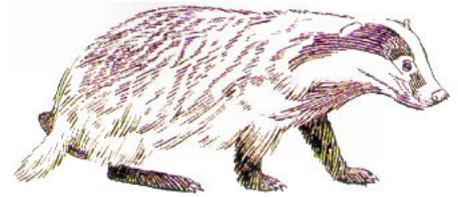


# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



## Informationsblatt des Arbeitskreises (9. Jahrgang, Nr. 11, November 2015)

**Bittet, dass eure Flucht nicht im Winter geschehe.**

*Matth. 24,20*

### SCHMELZTIEGEL DEUTSCHLAND

von Hans-Ulrich Jörges

Wovor sollten wir uns eigentlich fürchten? Ist der Stress der Notaufnahme in Turnhallen und Zeltlagern erst mal überstanden, hat sich das neue Asylsystem eingespielt, kann Deutschland nur gewinnen - moralisch, wirtschaftlich und kulturell stärker werden denn je. Ob es gelingt, Sprache und Bildung, Wohnen und Arbeit für die Flüchtlinge und ihre Kinder zu organisieren, liegt nur an uns. Das satte, träge, gelangweilte Land hat eine Aufgabe, an der es wachsen muss, zusammenstehen und sich von Grund auf verändern. Gut so. Deutschland wird zum Schmelztiegel der Kulturen: jünger, klüger, lebendiger. Die USA ziehen aus diesem Modell bis heute ihre Stärke. Wir können das auch, womöglich sogar besser - und als Einwanderungsland Nummer eins auf der Welt. Aufstieg durch Bildung war nach dem Krieg der soziale Motor des Wirtschaftswunders. Heute ist das wieder so. Aufsteiger, die nach oben wollen, sind Hefe im trägen Teig der Gesellschaft. Das werden nun Flüchtlinge sein. Menschen, die zupacken wollen und Dankbarkeit empfinden. Moralisch haben wir schon gewonnen. Die Kanzlerin rette „die Ehre der Europäischen Union“: erteile den anderen „eine Lektion in Humanität“: schreibt die französische Zeitung „Libération“: Wann wurde je so über unser Land geurteilt? Im Kern wird es um die Syrer gehen. Die Zahl der Flüchtlinge vom Balkan, die keine Chance auf Asyl haben, sinkt dagegen schon rapide. Seit Juli hat sie sich mehr als halbiert. In der letzten Augustwoche kamen nur noch knapp 2.600 Balkanbürger nach Deutschland - unter insgesamt 26.000 Asylbewerbern. Die Syrer aber sind zumeist gut gebildet. Jeweils ein Fünftel von ihnen besuchte eine Hochschule oder ein Gymnasium. Rund die Hälfte absolvierte eine Grund- oder Mittelschule. Und die meisten kommen aus guten wirtschaftlichen Verhältnissen, nur deshalb konnten sie ja auch Schlepper bezahlen. Die Neuen verjüngen rasant die alternde deutsche Gesellschaft. Über die Hälfte der Asylbewerber ist unter 25 Jahre - bei den Deutschen nur knapp ein Viertel. Hinzukommen die Einwanderer aus Euro-Krisenländern wie Spanien und Griechenland: Rund 70 Prozent von ihnen sind jünger als 35. Und die mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sind durchschnittlich 35 Jahre alt - die originär Deutschen dagegen 45. Erstmals seit zehn Jahren ist folglich im vergangenen Jahr die Zahl der Geburten in Deutschland wieder über 700 000 gestiegen. Die personell zunehmend ausgezehrtc Wirtschaft braucht die Neudeutschen dringend. Nur wenn langfristig im Schnitt 533.000 mehr Menschen pro Jahr zu- als abwandern, ergab eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung,

lassen sich die Alterslücken füllen. Knapp 600.000 Stellen sind in der deutschen Wirtschaft derzeit unbesetzt, im Handwerk rund 27.000 Ausbildungsplätze. Gerade ist die erste Online-Jobbörse für Flüchtlinge entstanden. Dass Ausländer und Zuwanderer die deutschen Sozialsysteme ausbeuten, ist reine Legende. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat errechnet, dass Ausländer 2012 etwa 22 Milliarden Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben gezahlt haben, als sie gleichzeitig an Sozialtransfers erhielten. Pro Kopf waren das 3.300 Euro. Durchschnittlich, so das ZEW, überweist jeder in seinem Leben 22.300 Euro mehr an den Staat, als er von ihm erhält. Zuwanderung von jährlich 200.000 Menschen werde daher jeden Bundesbürger um 100 bis 300 Euro entlasten. Verweigerten sich die ostdeutschen Länder dieser Auffrischung, blieben sie nicht nur geradezu archaisch deutsch, sondern auch auf gefährliche Weise im Wachstums- und Modernisierungsschatten des Westens. Thüringen hat in 20 Jahren 350.000 Menschen durch Abwanderung verloren.  
*aus: „Stern“ vom 10.09.2015*

### PRESSEMITTEILUNG

Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) schließt sich den Erklärungen der International Federation of Social Workers sowie der European Association of Schools of Social Work zur aktuellen Situation der Flüchtlinge in Europa an. Wir rufen die verantwortlichen Regierungen, internationalen Organisationen und Zivilgesellschaften dazu auf, strukturelle Fluchtursachen und Gründe zu beseitigen sowie den aus Kriegen oder Not geflüchteten Menschen jene Hilfe zukommen zu lassen, die sie im Sinne der Humanität dringend benötigen und die ihnen im Sinne der Menschenrechte zusteht. Dazu gehören auch die Schaffung von Bedingungen und Kulturen des Willkommens und Zusammenlebens in den Aufnahmeländern sowie der Wille und die Bereitschaft der BürgerInnen, mit den neu ankommenden Menschen in eine aktive und faire Auseinandersetzung über ein gemeinsames Zusammenleben zu treten, den Aufbau aller dazu förderlichen gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen sowie die Bereitschaft, vorhandenen Reichtum gerecht zu verteilen. SozialarbeiterInnen nehmen neben einer beeindruckend großen Zahl von ehrenamtlichen und engagierten HelferInnen eine Schlüsselstellung im Hilfesystem ein. Um das hierzu Erforderliche tun zu können brauchen sie die dafür nötigen Ressourcen. Dies schließt eine angemessene Bezahlung ein sowie Arbeitsbedingungen, die den hohen Anforderungen durch Supervision, Fortbildung und Arbeitszeitausgleich Rechnung tragen. Die Tätigkeit der SozialarbeiterInnen in der Flüchtlingshilfe ist eine fachlich komplexe und besonders herausfordernde Aufgabe. Der weiter anhaltende und an manchen Orten nur schwer erfüllbare quantitative Bedarf an SozialarbeiterInnen in diesem Handlungsfeld darf nicht

dazu führen, dass fachliche Standards abgesenkt werden oder Personen in diesem sensiblen Feld tätig werden, die die nötigen fachlichen Qualifikationen und Kompetenzen dafür nicht aufweisen. Wir rufen die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern dazu auf, den fachlichen Nachwuchs in ausreichender Zahl zu qualifizieren und bereitzustellen. 22.10.2015

## **BRANDBRIEF VON FÖRDERN UND WOHNEN**

Als Führungskräfte von f & w in Hamburg wenden wir uns heute an die Öffentlichkeit: Seit mehreren Jahren schon weisen wir auf die sich verändernden Bedarfe der öffentlichen Unterbringung im Zusammenhang mit der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen hin. Insbesondere in Bezug auf Kriegsflüchtlinge lässt sich sagen: Sie fielen nicht vom Himmel, sondern es war voraussehbar, dass durch ausländische Einmischung mitverschuldete Kriege in Afghanistan und in der arabischen Welt zu einer humanitären Katastrophe führen mussten, die sich früher oder später auch auf Mitteleuropa auswirken würde. Es hat aus unserer Sicht bundesweit und auch in Hamburg zu viele Jahre gebraucht, bis die Sorge um die Flüchtlinge und die Auswirkungen ihres Elends auf unsere Gesellschaft die Spitzen der Politik erreichten und in Handlungen übersetzt wurden. Jetzt besteht die Gefahr, dass durch überstürztes Handeln und das Fehlen eines ganzheitlichen Konzeptes die ordentliche Unterbringung Hilfsbedürftiger die Verbesserungen zerstört werden, die wir in Hamburg gemeinsam, unterstützt durch eine wohlwollend-kritische Öffentlichkeit, in den letzten 25 Jahren bei der Unterbringung von Flüchtlingen und wohnungslosen Menschen erreicht hatten. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wir selbst sind dennoch weiterhin hoch motiviert, wenn es um Hilfen für jene Menschen geht, die auf Unterbringung angewiesen sind. Wir tragen die jetzt erforderlichen Notmaßnahmen schon deswegen mit, weil ohne sie Tausenden Obdachlosigkeit in unserer Stadt drohen würde. Diese Notmaßnahmen – die Unterbringung in Zelten, in Turnhallen, in Lagerhallen oder in kaum umgebauten Büros – sind jetzt jedoch nur zum Teil wegen des Anstiegs des Flüchtlingsstroms erforderlich. Die Versäumnisse der FHH sind ein anderer Grund. In Hamburg fehlt ein an die Erfahrungen der neunziger Jahre angelehntes strategisch angelegtes Gesamtkonzept für die öffentliche Unterbringung von der Aufnahme bis zur Integration in Mietwohnraum. Auch nach dem voreiligen und radikalen Abbau unserer Kapazitäten 2001 bis 2010, der im Wesentlichen Sparvorgaben folgte, entstand kein integrierter, auf alle Eventualitäten ausgerichteter Plan von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen, um die öffentliche Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen bedarfsgerecht und vorausschauend zu steuern. Die Verknüpfung mit dem Bau neuer öffentlich geförderter Wohnungen unterblieb fast vollständig. In unseren Unterkünten leben Tausende zum Teil schon seit Jahren, die längst Wohnungen hätten beziehen können. An die SAGA als städtischem Vermieter gerichtete Forderungen wurden immer wieder abgeblockt. Wir erklären deswegen: Notmaßnahmen, die darin gipfeln, dass alle bisherigen Standards der ordentlichen Unterbringung über Bord geworfen werden, stören den sozialen Frieden in den Unterkünten und senken dramatisch die Akzeptanz dieser Einrichtungen und ihrer Nutzer. Die Sozialverträglichkeit einer solchen Unterbringung ist weder nach innen noch nach außen gegeben. Die Notmaßnahmen verstoßen gegen geltende Auflagen und gesetzliche Vorschriften, beispielsweise gegen Hygieneauflagen gemäß Infektionsschutzgesetz. Eine Absenkung oder Missachtung von Mindeststandards der sanitären Einrichtungen in Notstandsorten

kann in der Folge in Nachbarschaften Fremdenfeindlichkeit befördern, wenn in Ermangelung ausreichender Versorgung das Verhalten der Flüchtlinge gezwungenermaßen Folgen für die Quartiere hat. Deswegen sind diese Notmaßnahmen nur dann gerechtfertigt und für uns tragbar, wenn sie klar befristet und eingebettet sind in einen Gesamtplan für die zügige Integration der Menschen in den Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Die prekären Unterbringungsbedingungen müssen ein definiertes Ende haben ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept wird sich das Hilfspotenzial der amtlichen und ehrenamtlichen Helfer erschöpfen. Es droht eine Ghettoisierung der Flüchtlinge über Jahre. Werden Notstandorte mit einer großen Zahl verzweifelter Flüchtlinge das Stadtbild dominieren, dann droht der Stimmungsumschwung in unserer Stadt zu Gunsten von mehr Fremdenfeindlichkeit. Eine perspektivlose Prekarisierung der öffentlichen Unterbringung, entwertet unseren Anspruch an die Fachlichkeit unserer Arbeit. Sie birgt auch die Gefahr in sich, dass ein zuverlässiger und loyaler öffentlicher Träger sich verschleißt und seine öffentliche Aufgabe eines Tages privatisiert wird, unter Einsatz aller oft demagogischen Argumente gegen öffentliche Unternehmen. Zu befristende Notmaßnahmen müssen begleitet werden unter anderem durch den sofortigen Bau von 10.000 zusätzlichen öffentlich geförderten Wohnungen, die in zwei Jahren fertig sein und Flüchtlings- und Wohnungslosenfamilien zur Verfügung stehen müssen. Wohnungsleerstände der SAGA müssen umgehend zur Verfügung gestellt werden. Der soziale Frieden in unserer Stadt verlangt auch, dass die auf preiswerten Wohnraum angewiesene Hamburger Bevölkerung nicht mit Flüchtlingen und Wohnungslosen in eine Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum eintritt und Bedarfsgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen ist auch das reguläre öffentliche Wohnungsbauprogramm drastisch zu steigern. Wir sind sehr in Sorge um die öffentliche Unterbringung und unsere Fähigkeit, diese auch künftig sozialverträglich zu gestalten.

Verfasst von Führungskräften bei f & w 1.10.2015

### **DAGS im Internet**

**Besucht uns auch im Internet unter**

**[www.dags-konvent.de](http://www.dags-konvent.de)**

Hier könnt Ihr in allen Jahrgängen der Informationsblätter stöbern, News nachlesen, erfahrt, woran DAGS gerade arbeitet, oder könnt mit uns im Diskussionsforum diskutieren.

**Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.**

**Beiträge und Anregungen bitte an  
Roswitha Horstmann,  
Email: [rohorstmann@freenet.de](mailto:rohorstmann@freenet.de)**

**Unsere nächsten Treffen finden im Rauhen Haus statt am 23.11.2015 und am 04.01.2016 im Haus Weinberg jeweils von 18.00 bis 20.30 Uhr.**

**Erbarmt euch derer, die zweifeln.**

*(Monatsspruch November 2015 aus Jud. 22*

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg